

Die BergGalerie gibt es jetzt in zwei Bauabschnitten – Auszug der Sparkasse hat überrascht

Die neue BergGalerie an der Stelle der betagten Turmarkaden gibt es jetzt in zwei Häppchen. Die Investorin Charter House Real Estate GmbH wird den Umbau in ein modernes Einkaufszentrum in zwei Abschnitten realisieren. Der erste größere soll im Herbst 2015 fertiggestellt sein, der zweite ein Jahr später.



So könnte die neue BergGalerie aussehen.

Ein Grund ist sicherlich, dass die Sparkasse Bergkamen-Bönen den Pachtvertrag nicht mehr verlängern will. Für ihre Hauptstelle baut sie jetzt am Busbahnhof selbst. „Das hat uns völlig überrascht“, erklärt Charter House-Geschäftsführerin Brigitte van der Jagt. Für den freiwerdenden Bereich liegt noch kein Nutzungskonzept vor geschweige denn ein neuer Mieter.

Der andere Grund für die zwei Bauabschnitte ist, dass einige Mieter wie C&A und Deichmann unbedingt Mieter in der neuen BergGalerie sein wollen, ohne auf ihr Geschäfts in den alten Turmarkaden zu verzichten. Rausgehen wird in jedem Fall für

die Umbauphase Centershop. Ob der Discounter nach der Pause wieder zurückkommen wird, ist allerdings noch unklar. Auch die Diskothek bleibt. Sie kommt aber ins 2. Obergeschoss.

Start des Umbaus soll nun im Frühjahr 2014 sein. Ob dieser Termin bestand hat, hängt vor allem davon ab, ob ihr die Finanzierung dieses Großprojekts gelingt. Dafür muss sie Mietverträge vorweisen. Die Verhandlungen mit einigen bekannten Namen wie EDEKA, H&M und New Yorker sind nach eigenem Bekunden weit fortgeschritten. Euch ein Elektronik-Fachgeschäft, hier wird der Name „Medimaxx“ genannt, zeigt Interesse. In das 1. Obergeschoss wird es ein China-Restaurant auf rund 1000 Quadratmetern Fläche geben. Von einer Reihe möglicher Mieter fehlen allerdings noch die Unterschriften. (Hinweis: In unserer ersten Berichterstattung war fälschlicherweise der Name Media Markt statt „Medimaxx“ genannt worden.)

Immerhin scheint die Bauvoranfrage bei der Stadt auf einem guten Weg zu sein. Voraussetzung ist die Zustimmung der Nachbarstädte, die dem sogenannten „Einzelhandelskonzept östliches Ruhrgebiet“ angeschlossen sind. Hier wurde die Gesamtverkaufsfläche der BergGalerie auf leicht unter 20.000 Quadratmeter gedrückt, was immerhin noch mehr ist als die Verkaufsfläche, über die die Turmarkaden verfügen. Als letzte Hürde für den „regionalen Konsens“ erwiesen sich die 7000 Quadratmeter Verkaufsfläche für Textilien. Sie seien jetzt mit Rücksprache bei Charter House auf 6250 Quadratmeter reduziert worden. Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters geht jetzt davon aus, dass der Arbeitskreis jetzt seine Zustimmung geben wird.

Mit Argusaugen werden allerdings die Nachbarn die Pläne von Charter House studieren. So geht der von Brigitte van der Jagt beauftragte Gutachter von einer Verkehrszunahme auf der Hubert-Biernat-Straße und deren Kreisverkehre mit der Gedächtnisstraße und der Töddinghauser Straße aus. Sie könnten aber die rund 4000 zusätzlichen Fahrten täglich gut

verkräften.

Geändert wird die Ausfahrt aus dem Parkhaus. Sie mündet künftig in die Gedächtnisstraße ein. Aktiver Lärmschutz soll aber, so der Gutachter, die Nachbarn vor störenden nächtlichen Geräuscentwicklungen bewahren, wenn die Disko-Besucher wieder nach Hause fahren wollen.

Wohnturm-Abriss rückt näher – Abschiedsparty mit großer Light-Show

Noch in diesem Jahr sollen die Abbrucharbeiten für den Bergkamener Wohnturm beginnen. Das wohlmöglich auch ohne eine Landesförderung. Vorher gibt es ein großes Abschiedsfest. Das kündigte die Charter House-Geschäftsführerin Brigitte van der Jagt am Dienstag an.



Das Schicksal des Bergkamener Wohnturms ist offensichtlich besiegelt.

Was aber viele Bergkamener vielleicht bekümmern wird: Es gibt keine Facebook-Party. Geplant ist vielmehr ein großes Kultur-Event mit großer Lightshow Mitte November. Die Vorgespräche

dafür haben begonnen.

Schließlich wird das braune Beton-Ungetüm, bevor es zerbröselt wird, für etwas Nützliches erhalten. Charter House liegt eine Anfrage von der Polizei in Essen vor, den Wohnturm für eine Übung zu nutzen. „Vermutlich werden sich die Polizisten dann auch abseilen“, meint Brigitte van der Jagt. Dieser Anfrage steht sie übrigens aus familiären Gründen sehr positiv gegenüber. „Meine Schwester ist auch Polizistin.“

Ein Förderantrag für den Wohnturm-Abriss ist beim Land gestellt, aber noch nicht beschieden worden. Laut van der Jagt soll dabei von Gesamtkosten in Höhe von 4,7 Millionen Euro die Rede sein. Der Technische Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters korrigierte diese Zahl. „Kalkuliert wird mit Kosten zwischen 2.5 und 3 Mio. Euro.“

Inzwischen hat Charter House weitere Angebote von acht Abbruchfirmen eingeholt. Sie wollen – so Brigitte van der Jagt – für diese Arbeit Beträge zwischen 900.000 und 2,5 Millionen Euro haben. Auf eine Förderung können dann verzichtet werden, wenn sich Charter House mit zwei Dritteln und die Stadt Bergkamen mit einem Drittel an den Kosten beteiligen würden, sagt Brigitte van der Jagt.

Die Aussicht, den Wohnturm in absehbarer Zeit loszuwerden, stößt bei Politik und Verwaltung auf Zustimmung. Über den finanziellen Beitrag muss allerdings noch ausführlich diskutiert werden.

Bayer winkt ab: Kein Windpark

auf dem Bergkamener Nordgelände

Die Hoffnungen, das Thema „Windkonzentrationsfläche“ für Bergkamen durch eine entsprechende Flächenausweisung auf dem Nordgelände des Bayer-Werks schnell aus der Diskussion zu bekommen, sind seit Dienstag geplatzt. Bayer weigert sich aus prinzipiellen und auch aus wirtschaftlichen Gründen, dort den Bau eines Windparks zuzulassen.



Das bisher einzige Windrad auf dem Bergkamener Stadtgebiet auf dem Galgenberg in Overberg.

Der Technische Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters hat sofort darauf reagiert. Er informierte am Dienstagnachmittag die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses über die neue Lage. Gleichzeitig veröffentlichte er eine Pressemitteilung. Beide Erklärungen finden sich weiter unten im vollen Wortlaut.

Etwas klarer werden aber jetzt die Gründe, warum der Gutachter die Bergehalde bei seiner Suche nach einem Standort für eine „Windkonzentrationsfläche“. Es ist nicht nur die Ausweisung des Geländes als Wald und Fläche der Erholung im Flächennutzungsplan der Stadt. Dies könne der Stadtrat durch einen Beschluss ändern, betont Peters. Er weist in diesem

Zusammenhang auch darauf hin, dass sich auf dem Haldengelände Ausgleichsflächen befinden, für die dann an anderer Stelle im Stadtgebiet Ersatzflächen gefunden werden müssten.

Beispielsweise sind die unter Naturschutz stehenden Kreuzkröten vom sogenannten Kanalband auf die Halde umgesiedelt worden, weil dort Freizeiteinrichtungen wie eine stationäre Seifenkistenbahn, eine Inlineskater-Strecke und anderes mehr künftig entstehen sollen. Für sie müsste nun nochmals ein neuer Lebensraum entwickelt werden.

Auf eine Bemerkung von Harald Sparringa (B 90/Die Grünen) erklärten Franz Herdring und Fraktionsvorsitzender Gerd Kampmeyer, dass die SPD bisher die Berghalde nicht generell als „Windkonzentrationsfläche“ ausgeschlossen habe. Gesichert müsse nur sein, so Herdring, dass die Wirkung des Lichtkunstwerks weiterhin bestehen bleibe.

Auch wenn keine „Windkonzentrationsfläche“ im Stadtgebiet gefunden wird, hält Dr. Peters dies nicht für einen „Beinbruch“. Seiner Überzeugung nach kämen für Windkraftanlagen bei meiner Einzelgenehmigung nur eine Handvoll Standorte infrage. Man müsse sich dann schon fragen, so der Technische Beigeordnete weiter, ob dies bereits eine „Verspargelung der Landschaft“ sei.

Erklärung von Bayer zum Thema Windpark auf dem Nordgelände

„Nachhaltigkeit ist ein fester Bestandteil der Bayer-Unternehmenspolitik. Ökonomie und Ökologie sind für das Unternehmen gleichrangig und haben denselben hohen Stellenwert. Aufgrund des verantwortungsbewussten Umgangs mit den natürlichen Ressourcen spricht sich Bayer grundsätzlich für die Nutzung und Förderung regenerativer Energien aus. Nur darf die Förderung die Verbraucher nicht überfordern. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) belastet die

Stromverbraucher bereits mit Mehrkosten von rund 20 Milliarden Euro pro Jahr.

Private Stromverbraucher bezahlen für den Ausbau erneuerbarer Energien über ihre Stromrechnung bereits mehr als fünf Cent pro Kilowattstunde und damit je nach Verbrauch mehrere hundert Euro im Jahr – Tendenz stark steigend. Auch die Wirtschaft wird mit immer höheren Stromkosten in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Bayer verzichtet deshalb konsequent auf Fördergelder nach dem EEG. Windkraftanlagen müssen sich auch ohne Belastung der Stromverbraucher betriebswirtschaftlich darstellen lassen.

Um die Voraussetzungen für eine mögliche Nutzung der Windkraft zu klären, haben die Wuppertaler Stadtwerke als industrieller Partner von Bayer bei einem fachkundigen Ingenieurbüro ein detailliertes Windgutachten für den Bayer-Standort in Bergkamen in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten sagt aus, dass sowohl technische als auch die genannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere der Verzicht auf EEG-Förderung – eine rentable Investition nicht zulassen. Bayer und die Wuppertaler Stadtwerke haben angesichts dieses eindeutigen Urteils bislang keine Aktivitäten zur Nutzung der Windkraft angestellt.

Diese Entscheidung ändert nichts an der positiven Haltung des Unternehmens gegenüber regenerativen Energien. Sie ist lediglich die logische Konsequenz aus den aktuellen Rahmenbedingungen. Sollten sich diese oder deren Bewertung ändern, wird Bayer in Kooperation mit externen Partnern, beispielsweise den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen-Bönen-Bergkamen, die Situation neu überdenken.

Erklärung der Stadt zur Absage von Bayer

„Nach der Mitteilung von Bayer Health Care, dass das Nordgelände des Werkes für die Ausweisung eines Windparks nicht zur Verfügung gestellt wird, reagiert die Stadt

Bergkamen sowohl mit Bedauern als auch Verständnis.

Die Absage von Bayer Health Care aufgrund der prinzipiellen Einstellung des Konzerns zum EEG (erneuerbare Energiengesetz) sei nachvollziehbar. Nach dieser deutlichen Stellungnahme zieht der zuständige Techn. Beigeordnete Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters folgendes Zwischenfazit: „Das Nordgelände des Bergkamener Chemieparks steht für eine Ausweisung einer Windkonzentrationsfläche nicht zur Verfügung. Die vom externen Gutachter Brandenfels genannten Alternativflächen sind aufgrund Größe und Zuschnitt nur bedingt geeignet (z. B. nur für Windenergie-Anlagen mit reduzierter Nabenhöhe). Wir werden daher unverzüglich prüfen, welche Teile des Stadtgebietes, bei Beibehaltung der heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen, also Beibehaltung der privilegierten Zulässigkeit gem. § 35 (1) BauGB für Einzelanlagen tatsächlich in Frage kommen. Dabei wird selbstverständlich auch die stark diskutierte Bergehalde Großes Holz mit bewertet werden.“

Das Ergebnis dieser Prüfung will die Verwaltung mit einer klaren Empfehlung zum weiteren Verfahren in der September-Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung vorstellen.

Bis dahin – so appelliert Dr. Peters – sollte eine öffentliche Diskussion über einzelne Standorte zunächst zurückgestellt werden, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die ggf. betroffenen Grundstückseigentümer.“

Politik und Gesellschaft

müssen sich stärker um das Thema „Pflege im Alter“ kümmern

Politik und Gesellschaft müssen sich wesentlich stärker um die Themen „Pflege im Alter“ und um die Pflegeberufe kümmern als in der Vergangenheit. Das ist eine der wichtigen Erkenntnisse, die die Vorstandsmitglieder der Bergkamener SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) von ihrem Besuch des Hermann-Görlitz-Zentrums mitnahmen.



Der Bergkamener AfA-Vorstand bei seinem Besuch des Hermann-Görlitz-Zentrums der AWO.

Ludger Moor, der Leiter der AWO-Einrichtung, informierte offen den AfA-Vorstand über die Arbeitssituation und die Belastungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Altenpflege. „Die physischen und psychischen Anforderungen werden immer größer,“ betonte Moor. Seit Beginn der Pflegeversicherung hat es bei allen Trägern eine enorme Arbeitsverdichtung gegeben. Der Schichtdienst auch an Sonn- und Feiertagen, kurzfristiges Einspringen mit den damit verbundenen Überstunden, aber auch das geringe Ansehen des Berufes in der Öffentlichkeit verlangten von den Mitarbeitern und ihren Familien viel ab und

machten den Beruf nicht attraktiv.

Im Gegensatz zu anderen Trägern sei bei der AWO das Problem fehlender Fachkräfte nicht so groß. Die tarifvertraglich Regelungen zur Bezahlung, zum Urlaubsanspruch und zur Einmalzahlung wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie der geregelte Überstundenausgleich seien für viele Fachkräfte, die Erfahrungen mit anderen Trägern gemacht hätten, Gründe für eine Bewerbung bei der AWO.

„Der Fachkräfteanteil liegt bei uns in der Pflege deutlich über den geforderten 50 Prozent, und damit dies so bleibt, haben wir unsere Anstrengungen bei der Ausbildung verstärkt. Mit zurzeit acht Auszubildenden ist das Hermann-Görlitz-Seniorenzentrum nicht nur im Bereich der Altenpflege, sondern auch in Bergkamen einer der größten Ausbilder,“ berichtete Ludger Moor.

Vorab hatte Moor den AfA-Vorstand mit Zahlen und Fakten zum Hermann-Görlitz-Zentrum und seiner 44-jährigen Geschichte. Die Heimkosten waren ebenfalls Thema wie der Möglichkeit der Kurzzeitpflege im AWO-Seniorenzentrum. Überrascht waren die Teilnehmerinnen von der Vielfalt und Vielzahl der Angebote für die Bewohner insbesondere für Demenzkranke.

Positiv bewerteten die Sozialdemokraten die Öffnung der Einrichtung in das Gemeinwesen. Dazu gehört auch die Teilnahme der Heimbewohner an den vielen Angeboten in der Stadt aber auch die Einladung an alle Verbände und Vereine, Kontakt zu ehemaligen Mitgliedern, die nun im AWO-Seniorenzentrum leben, zu halten. „Die bestehenden und geplanten Projekte mit Schul- und Jugendgruppen verstärken die Verbundenheit mit dem Gemeinwesen“, ist AfA-Vorsitzender Heinz Mathwig überzeugt.

In der anschließenden angeregten und engagierten Diskussion unterstützten alle Teilnehmer Forderungen nach einem Bürokratieabbau in der Pflege, Bemühungen um einen einheitlichen Tarifvertrag für den Bereich Pflege und eine

höhere Wertschätzung für die belastende Arbeit der Pflegenden.

Wer bekommt Sonderpreis für Hochwasser-Helfer?

Ganze Städte und Gemeinden wurden in den vergangenen Wochen überflutet. Zehntausende kämpfen und kämpften seither gemeinsam gegen das Hochwasser an. Darunter viele Freiwillige – auch aus dem Kreis Unna. Für diese Menschen, die mit ihrem selbstlosen Engagement helfen oder geholfen haben, Existenzen zu sichern und den Betroffenen in einer Notlage zur Seite zu stehen, wurde jetzt der Sonderpreis des Deutschen Bürgerpreises ausgelobt, den auch der Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek aus dem Kreis Unna unterstützt.



Die Menschen im Hochwassergebiet zeigen ihre Dankbarkeit.
Foto: Kreis Unna

„Machen Sie mit“, fordert der SPD-Politiker die Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis auf. „Schlagen Sie freiwillige Helferinnen und Helfer vor, die angepackt haben, als es nötig war.“

Und so geht´s: Auf der Seite

www.deutscher-buergerpreis.de

haben Bürgerinnen und Bürger ab sofort bis zum 31. Juli die Möglichkeit, ihre Geschichten zu erzählen, Fotos hochzuladen und den vielen freiwilligen Helfern mit einer Nominierung für den Sonderpreis die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen.

Ab dem 1. August kann dann jeder auf der genannten Homepage die zehn beeindruckendsten Hochwasser-Helfer mit auswählen. Die Jury des Deutschen Bürgerpreises bestimmt daraus die

Preisträger, die schließlich bei einer Preisverleihung am 2. Dezember im ZDF Zollernhof in Berlin stellvertretend für alle Engagierten in den Hochwassergebieten ausgezeichnet werden.

Wer kann nominiert werden?

Für den Sonderpreis des Deutschen Bürgerpreises können Sie Einzelpersonen oder Gruppen vorschlagen, die während des Hochwassers ehrenamtlich vor Ort im Einsatz sind oder waren.

Was ist der Deutsche Bürgerpreis?

Der Deutsche Bürgerpreis ist der größte bundesweite Ehrenamtspreis. Er wird seit 2003 vergeben von den Partnern der Initiative „für mich. für uns. für alle.“, einem Bündnis aus engagierten Bundestagsabgeordneten, Sparkassen, Städten, Landkreisen und Gemeinden. Die Initiative will das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland fördern und den stillen Helfern danken. Engagierte sollen unterstützt, Interessierte gewonnen und das Umfeld für ein Engagement verbessert werden.

„Arroganz der Macht?“ – Neuer Beigeordneter wird zum Zankapfel

„Arroganz der Macht. Ich kann es einfach nicht mehr hören.“ SPD-Fraktionsgeschäftsführer Franz Herdring kann die aufgeregte Diskussion um den künftigen Beigeordneten Holger Lachmann nicht verstehen, der im Rathaus der neue zweite Mann hinter Bürgermeister Roland Schäfer werden soll.



Holger
Lachmann

Wie berichtet, hatten alle Oppositionsführer in einer gemeinsamen Presseerklärung die Vorgehensweise der SPD sehr scharf kritisiert. Der Grund: Die SPD, die die absolute Mehrheit in Bergkamen hat, hatte in der vergangenen Woche bekannt gegeben, dass sie den 33-jährigen Holger Lachmann zum Nachfolger des aus Altersgründen ausscheidenden Beigeordneten Bernd Wenske küren will und wird. Ein gemeinsames Gespräch mit anderen Fraktionen hatte es zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben.

Insgesamt waren nach der Sichtung von rund 20 Bewerbungen für dieses Spitzenamt noch 5 Kandidaten übrig geblieben, die sich in der vergangenen Woche allen Fraktionen vorgestellt hatten: drei Kandidaten, die erst Anfang 30 Jahre alt sind, sowie zwei etwas ältere Bewerber in den 40-ern und 50-ern. Für die SPD stand nach dieser Vorstellungsrunde schnell fest: „Holger Lachmann ist unser Mann.“ Der Volljurist aus Ratingen, der praktischerweise auch SPD-Mitglied ist, begeisterte die Genossen mit seiner Kompetenz und seinem sicheren Auftreten.

„Wir wissen, dass die CDU einen anderen Favoriten hatte. Unser Fraktionsvorsitzender Gerd Kampmeyer hat noch am gleichen Tag mit der CDU gesprochen. Aber was glauben die denn? Es ist doch blauäugig anzunehmen, dass wir unsere Meinung in einem interfraktionellen Gespräch dann noch geändert hätten“, so Herding. „Wir stehen zu unserem Kandidaten und werden ihn am 11. Juli geschlossen wählen.“

Das Klagen in den anderen Fraktionen finde er nicht gut, sagt

Herdring vorsichtig. „Da wird doch unser neuer Beigeordneter in der Öffentlichkeit beschädigt. Aber die anderen Fraktionen werden doch auch gut mit ihm zusammenarbeiten wollen.“ (CB)

Interkulturelles Netzwerk informiert über Optionspflicht und das Bürgerbüro

Das **B**ergkamener **I**nterkulturelle **N**etzwerk trifft sich unter Leitung des Integrationsbüros, Juditha Siebert, am Donnerstag, 27. Juni, zum letzten Mal vor der Sommerpause.

Zu Gast ist dann Christine Busch, die Leiterin des städtischen Bürgerbüros. Frau Busch wird insbesondere die Optionspflicht für Jugendliche zwischen 18 und 23 Jahren mit Zuwanderungsgeschichte erläutern und für Fragen zur Verfügung stehen. Aber auch die vielfältigen allgemeinen Bereiche wie Passwesen, Beglaubigungen, An und Abmeldungen etc. in denen das Bürgerbüro tätig ist, werden an diesem Abend angesprochen.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen am **Donnerstag ab 18 Uhr im Sitzungssaal II** des Bergkamener Ratstraktes an diesem b.i.n.- Treffen teilzunehmen und sich informieren zu lassen. Für Rückfragen steht das Integrationsbüro unter Tel 02307/965-272 gerne zur Verfügung.

AfA informiert sich über Lage der Mitarbeiter in Altenpflegeeinrichtungen

Die Lage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altenpflegeeinrichtungen steht im Mittelpunkt der nächsten Vorstandssitzung des Bergkamener Stadtverbands der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) am Mittwoch, 26. Juni, ab 18.30 Uhr im Hermann-Görlitz-Seniorenzentrum der AWO.

Referent ist deren Leiter Ludger Moor. Er wird auch über die die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Kostensituation und die Erfordernisse für die Zukunft am Beispiel dieses Seniorenpflegeheims erläutern.

„Opposition“ kritisiert scharf das Vorgehen der SPD im Vorfeld der Wahl des neuen Beigeordneten

Das ist wohl einmalig in der parlamentarischen Geschichte der Stadt Bergkamen: In einer gemeinsamen Presserklärung kritisieren die Fraktionsvorsitzenden von CDU, Grüne, FDP und BergAUF, also die gesamte „Opposition“ im Stadtrat, das

Vorgehen der SPD im Vorfeld der für den 11. Juli geplanten Wahl eines Beigeordneten am 11. Juli.



Insbesondere nehmen die vier Fraktionsvorsitzenden SPD-Fraktionschef Gerd Kampmeyer ins Visier. Er hatte die Festlegung der Fraktion auf den Assistenten des Vorstandsvorsitzenden und des Aufsichtsratsvorsitzenden der Sparkasse Köln-Bonn, Holger Lachmann, am 18. Juni einen Tag später öffentlich gemacht. Das habe eine weitere Diskussion in ihren Fraktionen über die fünf Kandidaten, die sich am vergangenen Dienstag vorgestellt hatten, sinnlos gemacht, lautet die Kritik. Gern hätten CDU, Grüne, FDP und BergAUF außerdem vor einer endgültigen Festlegung in Gesprächen versucht, für die Nachfolge des Ende November aus dem Amt scheidenden Beigeordneten Bernd Wenske eine möglichst breite Mehrheit zu finden.

Die gemeinsame Erklärung der vier Fraktionsvorsitzenden im Wortlaut:

„Die Fraktionen von CDU, Grüne, FDP und BergAuf sind über das Verhalten der SPD-Fraktion und ihres Vorsitzenden Gerd Kampmeyer in hohem Maße empört.

Es ist nicht undemokratisch, zeugt aber von einem ausgeprägten Machtbewusstsein und elitärem Denken, wenn die SPD mit ihrer absoluten Mehrheit die anderen Fraktionen des Rates nicht an dem Findungsprozess für einen zu wählenden Dezenten beteiligt.

Alle Fraktionen hatten sich sehr sorgfältig auf die Vorstellung der fünf ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten vorbereitet, diese am vergangenen Dienstag angehört und Antworten auf die gestellten Fragen erhalten.



Elke
Middendor
f

„Wir hätten uns das ganze Verfahren ersparen können“, waren sich die Vorsitzenden der vier Fraktionen einig. »Was uns alle sehr stört« so die CDU-Fraktionsvorsitzende Elke Middendorf, »ist das öffentliche Vorpreschen der SPD, obwohl sie über die andere Prioritätensetzung von CDU, Grüne, FDP und BergAUF informiert war. Die SPD dokumentiere damit ihren Alleinherrschafts-Anspruch nach dem Motto: Das entscheiden wir als Fraktion mit der absoluten Mehrheit ganz alleine!



Harald
Sparringa

„Um die Kandidaten nicht zu beschädigen, wollen wir keine öffentliche Diskussion über deren Qualifikation“, betonte Harald Sparringa von den Grünen, „aber Demokratie stellen wir uns etwas anders vor. So geht man in einem demokratischen Gemeinwesen nicht miteinander um.“



Werner
Engelhardt
t

Werner Engelhardt von BergAUF meint zwar, so wie er die SPD-Fraktionsführung kenne, hätte er absolut nichts anderes erwartet, fügt aber an: „Demokratische Gepflogenheiten erfordern eigentlich auch einen demokratischen Willensbildungsprozess im gesamten Rat, der ja als Ganzes den neuen Beigeordneten zu wählen hat. Aber das lässt die Arroganz der Macht offenbar nicht zu!“



Angelika
Lohmann-
Begander

Die Vertreter der vier Fraktionen sind ehrlich darüber empört, mit welcher Ignoranz die SPD über sie hinweggeht. Angelika Lohmann-Begander, FDP, sieht mit etwas Sarkasmus einen kleinen Vorteil in dem Machtgehabe der SPD: »Immerhin können wir uns nun die weitere Beratung darüber sparen, welche Eindrücke wir von den einzelnen Bewerbern gewonnen haben. Herr Kampmeyer von der SPD hat ja schon für uns alle entschieden. Er hat für den gesamten Rat entschieden, obwohl nur 14 Ratsmitglieder der SPD von insgesamt 45 für diesen Kandidaten votiert haben.

Elke Middendorf CDU

Harald Sparringa B90/Die Grünen

Angelika Lohmann-Begander FDP

Werner Engelhardt BergAUF“

Reisen zu Partnerstädten: Sommer Sonne in Tasucu und „Carnaval“ in Gennevilliers

Im fliegenden Wechsel besuchen Bergkamener die Partnerstädte. Am Freitag kamen 33 Teilnehmer einer einwöchigen Bürgerreise in Tasucu/Türkei zurück, startete am gleichen Tag eine zehnköpfige Delegation nach Gennevilliers bei Paris.



Die TuRa-Handballerinnen vor dem Carneval-Umzug in der französischen Partnerstadt Gennevilliers.

Die französische Partnerstadt feierte an diesem Wochenende ihr großes Stadtfest, das sie „Carnaval“. Ein besonderes Erlebnis für die TuRa-Handballerinnen, die Bürgermeister Roland Schäfer begleiteten, war der farbenprächtige Umzug durch Gennevilliers. Zwar handelt es sich bei „Carnaval“ nicht um

eine verspätete Karnevalsfeier, doch viele Teilnehmer des Umzugs beteiligten sich kostümiert.

Die Bergkamener waren in ihrer Bergmannskluft und an ihren Sicherheitshelmen deutlich zu erkennen gewesen. Beim Finale erwies sich diese Schutzkleidung als sehr nützlich. Zum Finale gab es eine Art Farb-Orgie und die Bergkamener sahen hinterher buntbekleckert aus. (Die Fotos aus Gennevillies hat Roland Schäfer zur Verfügung gestellt.)

32 Grad und Altertümer in Tasucu



Die Altertümer in der Gegend um Tasucu lockten die Bergkamener zu einem historischen Ausflug.

Die 33 Bergkamenerinnen und Bergkamener, die in Tasucu waren, wurden von Manfred Turk begleitet. Der Fachdezernent kennt aufgrund zahlreicher Reisen diese Hafenstadt am Mittel sehr genau.

Zwar wird es vom kommenden Jahr keine Partnerstadt mit Tasucu geben, weil aufgrund einer Verwaltungsreform sie in die Kreisstadt Silifke eingemeindet wird, doch klar ist inzwischen, dass diese Beziehungen mit Silifke weiter gepflegt werden. Neben den freundlichen Menschen, dem schönen Strand von Tasucu am Mittelmeer und dem dort tatsächlich existierenden Sommer verfügen Silifke und die nähere Umgebung über zahlreiche historische Baudenkmäler, die die Griechen und

Römer zurückgelassen hatten. Sie standen natürlich auch auf dem aktuellen Ausflugsprogramm.

[slideshow gallery_id="4"]

Bebauungsplan Nr. 0A 115 „Zum Oberdorf“ (Hof Osthaus) wird öffentlich ausgelegt

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0A 115 „Zum Oberdorf“ wird jetzt für einen Monat öffentlich ausgelegt.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können ihn in der Zeit vom **24. Juni bis zum 23. Juli mit** den konkreten Planungen im Rathaus der Stadt Bergkamen, Zimmer 519, Amt für Planung, Tiefbau und Umwelt, während der Dienststunden montags, dienstags, donnerstags von 08.00 bis 16.00 Uhr, mittwochs von 08.00 bis 14.30 Uhr und freitags von 08.00 bis 12.00 Uhr einsehen.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0A 115 „Zum Oberdorf“ der Stadt Bergkamen schriftlich oder mündlich vorgebracht werden. Neben der öffentlichen Auslegung im Rathaus kann der Entwurf des Bebauungsplanes einschließlich Begründung auch im Internet unter www.bergkamen.de eingesehen werden.

Ziel des Bebauungsplanes ist es, die innerhalb des Geltungsbereiches liegende Brachfläche des ehemaligen Hofes Osthaus sowie Teile bereits bebauter Grundstücke einer aufgelockerten Wohnbebauung mit Einzelhäusern zu bebauen.